

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.0.71.Europe - HO/HIC/SPA
p.B.58.05.2

Bern, 18. Juni 1990

Offizieller Besuch von Herrn
 Staatssekretär K. Jacobi in
 Berlin am 28./29. Juni 1990

EUROPAEISCHE ARCHITEKTUR

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>Zusammenfassung</u>	
<u>Einleitung</u>	1
1. Politische und sicherheitspolitische Strukturen	2
1.1. Kontinuität der Militärbündnisse als Kernstück europäischer Sicherheit?	2
1.2. WEU oder EG als Fundament eines europäischen Sicherheitssystems	3
1.3. Institutionalisierung der KSZE	3
1.4. Aktuelle Aspekte der schweizerischen Politik im Zusammenhang mit den zu schaffenden Sicherheitsstrukturen	5
2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6
2.1. Die EG als Motor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Osteuropa	6
2.2. Der EWR als Katalysator der wirtschaftli- chen Integration Mittel- und Osteuropas?	7
2.3. Optionen für die Schweiz	8
3. Annäherung im Bereich der "menschlichen Dimension"	9
3.1. Europarat und KSZE	9
3.2. Mögliche Tätigkeitfelder für die Schweiz	10

EUROPÄISCHE ARCHITEKTURZusammenfassung

Damit das künftige Gesamteuropa nicht erneut in einen Zustand der Unsicherheit und Instabilität abgleitet, wird es neuer Strukturen politischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Art bedürfen. Es gilt, die Staaten des einstigen Ostblocks einschliesslich der Sowjetunion durch verschiedene Kooperations- und Integrationsmechanismen in diese Ordnung einzubinden, ohne jedoch deshalb die atlantische Partnerschaft aufzukündigen. Aufgrund ihrer flexiblen, ausbaufähigen Strukturen sind KSZE, EWR und auch der Europarat am besten geeignet, den Brückenschlag zu Osteuropa und das Zusammenwachsen des Kontinents institutionell abzustützen.

Für die Schweiz stellt die neue europäische Architektur eine Herausforderung dar, welche die Ueberprüfung mancher aussenpolitischer Positionen notwendig macht. Einer Verstärkung oder gar Institutionalisierung der KSZE sollte sich unser Land in seinem eigenen Interesse nicht widersetzen: in keinem anderen der gegenwärtig zur Verfügung oder zur Diskussion stehenden Gremien kann die Schweiz ihre Positionen mit mehr Aussicht auf Erfolg vertreten als in diesem Forum aller europäischen Staaten.

Ein dem Osten gegenüber aufgeschlossener EWR würde die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den zur Marktwirtschaft übergehenden RGW-Staaten intensivieren und gleichzeitig das Verhältnis der EFTA-Staaten zur EG in einen grösseren Zusammenhang stellen. Im Europarat müssen angesichts der Diversität der Situationen in den beitrittswilligen Staaten Osteuropas Lösungen im Sinne eines Europa "à géométrie variable" gefunden werden, um die rechtliche und ethische Substanz der Strassburger Organisation nicht zu verwässern.

Schliesslich sollten im Hinblick auf das noch ungenutzte Potential unserer Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa und im Interesse einer differenzierten Beobachtung der dortigen Entwicklungen auch unsere bilateralen Kontakte mit diesen Ländern als Beitrag zu einer neuen europäischen Architektur ausgebaut werden.

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.71. Europe - HO/HIC/SPA

Bern, 18. Juni 1990

p.B.58.05.2.

EUROPAEISCHE ARCHITEKTUREinleitung

Im Gefolge der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa ist die Diskussion über die künftigen Strukturen Gesamteuropas in vollem Gange. Mittlerweile kann als sicher betrachtet werden, dass die Militärbündnisse der Nachkriegszeit für die europäischen Staaten längerfristig keinen hinreichenden Bezugsrahmen mehr bilden werden. Angesichts der unsicheren Entwicklungen in der Sowjetunion, welche sich in jedem Fall auch in anderen osteuropäischen Ländern niederschlagen werden, muten die heutigen Vorschläge zum Teil spekulativ an; Ziel und Funktion einer neuen, gesamteuropäischen Ordnung muss aber gerade die Einbindung der gegenwärtig mit schwerwiegenden innenpolitischen Entscheidungen und Auseinandersetzungen konfrontierten Warschau-Pakt-Staaten sein, wenn Sicherheit und Stabilität des Kontinentes gewährleistet werden sollen.

Die Schweiz kann es sich nicht leisten, diesem Paradigmen- und Systemwandel tatenlos zuzusehen: auch ihre eigene Rolle als neutraler Kleinstaat wird davon tangiert. Das vorliegende Papier versucht deshalb, wahrscheinliche Szenarien eines neuen Gesamteuropas aufzuzeigen und von diesen für die schweizerische Aussenpolitik mögliche Positionen abzuleiten. Wenn dabei zwischen den Bereichen der Sicherheitspolitik, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der sogenannten menschlichen Dimension unterschieden wird, so geschieht dies, in Anlehnung an die Praxis der KSZE, zur besseren Verständlichkeit der Darstellung; diese Unterteilung, soll jedoch nicht von der Interdependenz und wechselseitigen Vernetzung aller angesprochenen Ebenen ablenken.

1. Politische und sicherheitspolitische Strukturen

Folgenden Haupttendenzen haben sich, grob vereinfacht, in der Debatte über die politische Neugestaltung Gesamteuropas herausgebildet:

1.1. Kontinuität der Militärbündnisse als Kernstück europäischer Sicherheit?

Die amerikanische Regierung, unterstützt von Grossbritannien, vertritt die Auffassung, dass zu NATO und - aus Gründen der Symmetrie - zum WAPA als Garanten für Sicherheit und Stabilität in Europa in absehbarer Zukunft keine wirkliche Alternative besteht. Um die Bündnisse aber den veränderten Erfordernissen anzupassen, sollen sie sich vermehrt politisch statt militärisch definieren und betätigen. Die amerikanische Haltung wird insofern von Moskau geteilt, als die sowjetische Regierung vorläufig auf dem Fortbestand des WAPA beharrt, wobei allerdings langfristig die Ueberwindung der Paktsysteme angestrebt wird.

Richtig an dieser Sicht ist zweifellos, dass die europäische Sicherheit noch für längere Zeit der Mitwirkung beider militärischer Supermächte bedarf. Problematischer ist allerdings das ihr eigene potentielle Ungleichgewicht der Kräfte wegen der fortschreitenden Erosion des Warschauer Vertrags und wegen der Bündnizugehörigkeit des vereinigten Deutschlands. Auch ist schwer vorstellbar, wie die beiden durchwegs militärisch angelegten Allianzsysteme die Finalität ihres Wirkens plötzlich fast ausschliesslich ins Politische verlagern könnten. Der amerikanischen Position liegt der theoretische Ansatz zugrunde, dass bipolare Systeme im Prinzip stabiler sind als multipolare. Im gegenwärtigen Kontext sind aber die Voraussetzungen einer bipolaren politischen Ordnung nicht mehr gegeben. Eine Politik, die allein von der gegenwärtigen Ueberlegenheit der NATO ausginge und den legitimen Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion nicht Rechnung trüge, würde es versäumen, das Risiko eines erneuten Ost-West-Antagonismus zu bannen.

1.2. WEU oder EG als Fundament eines europäischen Sicherheitssystems

Die Wiederbelebung der WEU - oder, was im Endergebnis nicht viel anders aussähe, die Schaffung einer militärischen Komponente der EG - als Basis eines europäischen Sicherheitssystems ist eine weitere von manchen Kreisen diskutierte Variante. Ihre Chancen verwirklicht zu werden sind jedoch klein: Grossbritanniens traditionellen transatlantischen Bindungen und Frankreichs Tendenz zu sicherheitspolitischen Alleingängen stünden einer solchen Organisation entgegen. Zudem bedeutete ein um WEU oder EG zentriertes Sicherheitssystem eine "kleineuropäische Lösung" und könnte im schlimmsten Fall zu einer Verstärkung des Ost-West Gegensatzes führen.

Nicht nur im Bereich des ersten KSZE-Korbs, sondern auch in den anderen von diesem Forum behandelten Gebieten muss Europa geopolitisch so weit gefasst werden, wie das Sicherheits- und Stabilitätsinteresse des Kontinentes reicht und von lokalen und regionalen Konflikten betroffen wird. An der Verhinderung solcher Konflikte, selbst wenn sie sich in der "Pheripherie" abspielen, sind aus evidenten Gründen auch die beiden halbeuropäischen Mächte, die USA und die Sowjetunion, interessiert. Deshalb darf nicht von einer eng gefassten geographischen, historischen oder ethnischen Definition Europas ausgegangen werden, wenn dessen Zukunft auf stabile Grundlagen gestellt werden soll.

1.3. Institutionalisierung der KSZE

Die schon in Gorbatschevs Bild vom "gemeinsamen europäischen Haus" enthaltene Idee eines aus dem KSZE-Prozess hervorgehenden, die Bündnisse in sich auflösenden Sicherheitssystems deckt sich weitgehend mit dem bundesdeutschen Vorschlag und den verschiedenen Vorstellungen osteuropäischer Staaten von einer europäischen Friedensordnung. Sie ist von letzteren erweitert und präzisiert worden, namentlich durch Vorschläge zur Schaffung eines gesamt-europäischen Sicherheitsrats (CSFR), bzw. von Verifikations- und Streitschlichtungszentren (BRD).

Auf einer ähnlichen Linie liegen Vorstellungen von einer Verschmelzung beider Bündnisse, z. B. durch Beitritt der Sowjetunion zur NATO.

Ob ein loses politisches Forum wie die KSZE, die ursprünglich nur den territorialen und politischen Status quo in Europa garantieren sollte, überhaupt in eine funktionstüchtige Organisation für kollektive Sicherheit umgewandelt werden kann und soll, wird zu Recht bezweifelt. Allein schon das Problem der Entscheidungsfindung und -durchsetzung ist kaum zufriedenstellend lösbar: für die grösseren Staaten ist es nicht denkbar, per Mehrheitsbeschluss in wesentlichen Fragen von kleinen und mittleren Mitgliedstaaten überstimmt zu werden, wie dies etwa der Vorschlag der westdeutschen SPD vorsieht.

Dennoch ist die institutionelle Stärkung und Verstärkung des KSZE-Prozesses momentan der einzige gangbare Weg, der an den Risiken der oben erwähnten Lösungsvorschläge vorbeiführt: sie erlaubt einen stufenweisen Übergang von der bipolaren Logik der Allianzen zur multipolaren und interdependenten Struktur einer gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation, ohne dass in diesem Prozess einer der Beteiligten sein Gesicht verliere oder ausgeschlossen würde. Die beiden einstigen Hegemonialmächte wären weiterhin an der Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa beteiligt. Die Sowjetunion würde nicht von den übrigen Mitgliedstaaten des WAPA isoliert, und die Frage der Neutralisierung des vereinigten Deutschland würde allmählich gegenstandslos.

Politisch könnte dieses schrittweise zusammenwachsende Gesamteuropa Mitterrands bislang eher vagen Vision einer europäischen Konföderation recht nahe kommen. Das Aufbrechen nationaler Konflikte im Osten und die ungelösten Spannungen nationalistischen Ursprungs in Westeuropa zeigen jedenfalls, dass Europa, wenn es als "gemeinsames Haus" existieren soll, konföderativer Strukturen bedürfen wird.

1.4. Aktuelle Aspekte der schweizerischen Politik im Zusammenhang mit den zu schaffenden Sicherheitsstrukturen

Welche Funktionen kämen in diesem neuartigen regionalen Umfeld den Neutralen und insbesondere der Schweiz zu? Die Vermittlerrolle der N+N-Staaten im Rahmen der KSZE scheint bereits jetzt an Bedeutung zu verlieren; in einer zunehmend von Kooperationsbereitschaft geprägten politischen Landschaft hat Neutralität nicht mehr denselben Stellenwert wie in einem von Konflikten beherrschten Europa.

Die Schweiz hat darum ein vitales Interesse daran, dass die Plattform der 35 KSZE-Staaten für immer mehr sicherheitspolitisch relevante Verhandlungsthemen zum kompetenten Forum wird: zum einen, weil sie dort auch als Kleinstaat ein uneingeschränktes Mitspracherecht besitzt, und zweitens, weil die dort gefällten Entscheidungen sie direkt oder indirekt betreffen. Eine Stärkung der KSZE als oberste Autorität des gesamteuropäischen Friedensprozesses und letztlich ihre mehr oder weniger weitgehende Institutionalisierung können für unser Land nur vorteilhaft sein.

Dass die Schweiz sowohl im Bereich der Konfliktverhütung - man denke an ihren Vorschlag zur friedlichen Streitbeilegung - als auch in jenem der Verifikation von Abrüstungsmassnahmen Wesentliches beitragen kann, ist bekannt. Es ginge nun vermehrt darum, die schweizerischen Vorschläge von Anfang an sachlich mit den bestehenden Projekten von Konflikt bzw. Verifikationszentren zu verbinden.

Obwohl das Neutralitätskonzept in seiner klassischer Form infolge veränderter struktureller Bedingungen an Relevanz verliert, ist anzunehmen, dass gewisse osteuropäische Staaten sich mindestens in einer Uebergangsphase an den Neutralitätsbegriff anlehnen werden, um ihr neues und vorerst ambivalentes Verhältnis zu den Machtpolen in Ost und West zu definieren. Ihre allfällige Neutralität wird jedoch in erster Linie die Loslösung vom WAPA beinhalten und weniger Neutralität *stricto sensu*.

Auch bei der Entwicklung und Verbreitung der konzeptionellen Grundlagen für eine europäische Konföderation kann die Schweiz sich vermehrt engagieren: es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet das extrem zentralistisch ausgerichtete Frankreich zum Verfechter dieser Idee werden sollte und nicht die auf diesem Gebiet traditionell kenntnisreiche Schweiz.

2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Wirtschaftshilfe an die Demokratien Mitteleuropas muss sich auch zum Ziel setzen, den von ihr unterstützten Projekten und den betroffenen Reformprogrammen insgesamt Nachhaltigkeit zu verschaffen und damit die Oeffnung der betroffenen Volkswirtschaften langfristig zu sichern. Die Bedingungen in den einzelnen RGW-Staaten sind sehr unterschiedlich; problematisch ist vor allem die Situation in der Sowjetunion, deren Regierung sich bisher nur zu halbherzigen und widersprüchlichen Massnahmen durchgerungen hat. Trotzdem muss auch die Sowjetunion in Programme zum wirtschaftlichen Wiederaufbau einbezogen werden, wenn auch mit mehr Auflagen und Einschränkungen als eindeutig reformistische Staaten wie Polen und Ungarn.

2.1. Die EG als Motor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Osteuropa

Nachdem das Tempo der Ereignisse in Osteuropa und der deutschen Einigungsbestrebungen die EG für einige Zeit überfordert zu haben schien, stellte sich Brüssel als Koordinator der G-24 und als dominierende Gruppe in der BERD (deren Präsidentschaft und Sitz an EG-Mitglieder fielen) klar an die Spitze der westlichen Länder, die sich am wirtschaftlichen Wiederaufbau der RGW-Staaten beteiligen. Aufgrund ihres wirtschaftlichen Potentials, der geographischen Nähe und der unwiderstehlichen Anziehungskraft, die sie heute auf das ihr einst feindlich gegenüberstehende Osteuropa ausübt, wird die EG unzweifelhaft zur treibenden Kraft in der Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen

zwischen West und Ost. Dennoch: die beginnende Institutionalisierung westlicher Unterstützung und die angelaufenen Soforthilfe-Programme dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bis jetzt bewilligte Finanzhilfe weit hinter den Bedürfnissen der Empfängerstaaten zurückbleibt, welche angesichts real schrumpfender Einkommen und untragbarer internationaler Schuldenlast Hilfe von der Grössenordnung des Marshall-Plans nötig hätten. Trotz politischem Bedeutungsverlust des RGW bleiben die Volkswirtschaften seiner Mitgliedstaaten denn auch nach wie vor fast ausschliesslich auf die Sowjetunion ausgerichtet. Allgemein gilt, dass ein Land kurzfristig wirtschaftlich umso mehr leidet, je konsequenter es seine Reformen durchzuführen versucht.

2.2. Der EWR als Katalysator der wirtschaftlichen Integration Mittel- und Osteuropas?

Sollte der Europäische Wirtschaftsraum im Sinne der bestehenden Vorstellungen verwirklicht werden, dann darf der Gedanke, Mittel- und Osteuropa - anfänglich womöglich sogar in einem asymmetrischen Verhältnis - daran zu beteiligen, nicht a priori von der Hand gewiesen werden, sofern die betreffenden Länder einen hinreichenden Entwicklungsstand erreicht haben. Zwischen Staaten wie Ungarn, das innerhalb der nächsten Dekade der EG beitreten möchte, und solchen wie Rumänien, dessen Volkswirtschaft teilweise archaische Züge aufweist, muss differenziert, individuell angepasste Kooperations- oder Assoziationsformen entwickelt werden. Endzweck ist auch hier die Einbindung dieser Staaten in Europa durch eine Vielzahl vertraglicher und organisationaler Beziehungen auf bi- und multilateraler Ebene, denn nur wirtschaftliche Gesundheit kann politische Stabilität bewirken. Ist der wirtschaftliche und demokratische Erfolg in Mitteleuropa einmal gesichert, so wird er auch auf die innere Entwicklung der Sowjetunion positiv ausstrahlen.

Die EFTA-Staaten ihrerseits profitieren von der Oeffnung des EWR nach Osten insofern, als sie so der EG gegenüber nicht nur zahlenmässig, sondern auch politisch gestärkt werden und damit allfälligen Abschottungstendenzen und kleineuropäische Tendenzen Brüssels besser entgegentreten können.

2.3. Optionen für die Schweiz

Wenn die Schweiz ihre Unterstützung für Mittel- und Osteuropa an denselben Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichtet, die für die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt gilt, sollte sie, über den Horizont der politisch zweifellos wichtigen Soforthilfe hinaus, Mittel für jene Programme und Institutionen bereitstellen, die im Sinne einer steten Umstrukturierung und Oeffnung der begünstigten Volkswirtschaften wirken und einen langfristigen Ressourcentransfer gewährleisten. Die Gruppe der 24 und die BERD bieten sich hier als besonders geeigneter Rahmen an; taugliche finanzpolitische Instrumente sind Beiträge an Stabilisierungs- und Strukturanpassungsfonds (z.B. Polen) oder die Umwandlung von Schulden in Partizipationsscheine. Daneben sind aber auch privatwirtschaftliche Kanäle zu fördern, welche geeignet sind, stabilisierende Kooperationsmechanismen zu erzeugen. Hier muss noch genügend gegenseitiges Vertrauen geschaffen werden, damit die verständlichen Hemmschwellen seitens der Privatwirtschaft abgebaut werden können.

Die Abwicklung der Massnahmen im Zusammenhang mit dem 250 Mio.-Kredit soll sodann zu einer bleibenden Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten führen und damit zu einer weiteren Vernetzung mit der sich gegen Westen öffnenden Region beitragen.

Die Nicht-Mitgliedschaft bei der EG ist als Chance zu verstehen, eine eigenständige, auf die individuellen Bedürfnisse der Empfänger ausgerichtete Hilfe zu leisten, und zwar mit dem Schwerpunkt in jenen Sektoren, in denen die Schweiz besondere Qualitäten aufweist.

3. Annäherung im Bereich der "menschlichen Dimension"

Obwohl manche Kommentatoren die Postulate des dritten Korbes der Schlussakte von Helsinki bereits als erfüllt betrachten, wird die "menschliche Dimension" auch in Zukunft dazu beitragen müssen, das Netz innereuropäischer Kooperation dichter zu weben. Es handelt sich nicht um die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Identität, sondern darum, einen verbindlichen Rahmen rechtlicher und kultureller Natur zur Gestaltung des Zusammenlebens in Europa zu entwickeln. Gleichzeitig sollte dieser Prozess als Chance verstanden werden, auch die nicht quantifizierbaren Aspekte der europäischen Einigung, d.h. Werte, die die Ebene der Produktion und des Konsums materieller Güter transzendieren, zu vertiefen.

3.1. Europarat und KSZE

Auf die "in die Geschichte zurückkehrenden" Staaten Mitteleuropas übt der Europarat gegenwärtig grosse Anziehungskraft aus. Aufgrund seines hohen moralischen Prestiges besitzt die Mitgliedschaft in ihm Symbolkraft und drückt auf augenfällige Weise die wiedererlangte Zugehörigkeit dieser Länder zu Europa aus. Die Schwierigkeit besteht nun für die westeuropäischen Mitgliedstaaten darin, sich die Attraktivität der Strassburger Organisation zunutze zu machen, um die "Rückkehr nach Europa" des einstigen Ostblocks institutionell zu zementieren und neue Felder reziproker Rechte und Pflichten zu schaffen, ohne im Ueberschwang paneuropäischer Euphorie Präzedenzfälle zu schaffen, die eines Tages jenem der Türkei ähnlich sehen könnten.

Ein weiteres Problem besteht im Verhältnis der halbeuropäischen Flankenmächte, USA und UdSSR, zu den Institutionen und Konventionen des Europarats. Es gehört jedoch unseres Erachtens zum Wesen der europäischen Architektur, dass die geographische Ausdehnung Europas je nach Ebene und Bereich der Zusammenarbeit nicht deckungsgleich ist, sondern eine variable Geometrie aufweist, die Nordamerika und die Sowjetunion teils einschliesst, teils nur in lockerer Form beizieht.

Als Hort der Menschenrechte, als zuständige Organisation auf dem Gebiet der Rechtsharmonisierung und Kultur obliegt es dem Euro-parat, einen gemeinsamen Verhaltenskodex, ein europäisches "ius communis" zu erarbeiten. Da sich aber die Früchte seiner Arbeit jeweils in rechtlich bindenden Konventionen manifestieren, ist die Beitrittsfähigkeit der zahlreichen Bewerber von Fall zu Fall sorgfältig abzuklären. Solange Zweifel hierüber bestehen und die betreffenden Kandidaten auch materiell in keiner Weise für die Kosten ihrer Mitgliedschaft aufzukommen vermögen, ist lockeren Assoziationsformen der Vorzug zu geben; die KSZE wird deshalb wohl noch während längerer Zeit auch im Bereich der "menschlichen Dimension" für manche Belange zuständig bleiben.

3.2. Mögliche Tätigkeitfelder für die Schweiz

Gegenüber den rührigen Diplomaten anderer, vorallem mitteleuropäischer KSZE-Staaten gilt es, die schweizerischen Initiativen im Zusammenhang mit dem dritten Korb (Verifikation von Menschenrechtsverletzungen, Seminar zur Minderheitenproblematik) energisch und geschickt zu vertreten. Allgemein ist zu erwarten, dass es auf der 35 Staaten-Plattform des KSZE-Europas viel Durchsetzungsvermögen und Autorität brauchen wird, um im zuweilen kakophonischen Konzert der Nationen nicht unterzugehen, sondern ein klares Profil zu erwerben.

Hier ist auch auf die wachsende Zahl der subregionalen und regionalen zwischenstaatlichen Zusammenschlüsse wie der Pentagonale hinzuweisen, deren Aktivitäten von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bis zu gemeinsamen Vorstößen an internationalen Konferenzen reichen. Solche Gruppierungen setzen sich sowohl aus neutralen wie aus paktgebundenen kleinen und mittleren Staaten zusammen; im Rahmen der KSZE übernehmen sie immer häufiger Koordinationsaufgaben, die ursprünglich zu den Funktionen der N + N-Staaten gehörten, besonders im Bereich des 3. Korbes. Die Schweiz wird der Umgestaltung des innereuropäischen zwischenstaatlichen Beziehungsnetzes Rechnung tragen und die Zusammenarbeits- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei solchen Staaten-gruppen auf pragmatische Art und Weise wahrnehmen.

Dass wegen der vielzitierten "Helvetisierung" Europas der einstige Sonderfall Schweiz bedeutungslos würde, ist mindestens in eine Hinsicht nicht richtig. Im Zusammenhang mit ihrer föderalistischen Struktur, mit der politischen Kultur der direkten Demokratie oder mit dem mehr oder weniger harmonisch praktizierten kulturellen Pluralismus, verfügt die Schweiz über Eigenheiten und Qualitäten, die sich in den entsprechenden Gremien einbringen lassen. Nicht schulmeisterliche Belehrung, sondern zweckorientierte Uebermittlung nützlichen Knows-hows muss das Ziel eines solchen Dialogs sein. Auf unserer Seite muss dabei stets das Bewusstsein vorhanden sein, dass unser Bundesstaat nur eines von vielen Modellen mit all seinen historischen Beschränkungen darstellt.